

Taschblatt für Politik,
Unterhaltung, Geldgeschäfte,
Wörterbuch, Danksprüche,
Gesandtschaften, etc. 20 Bogen
zu 20 Blättern, in 20 Bänden
mit 200000 Wörtern.
Preis 10 Mark.
Verlag von C. Neumann, Neudamm
1894.

Dresdner Nachrichten

Lobeck & Co.,
Holländerstrasse 15
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzerverkauf Altmarkt 2.

D.R. Patent
Thürschliesser.
Vollkommenster, selbst-
thätiger, pers. schlosser
Thürschliesser.
Prospecte gratis und
franco. 70.000 Stück
im Gebrauch.
Carl Heinius.
Dresden-N.,
Tieckstr. 12, fr. 27.
(Farnschmiedstr. 11, Nr. 2106.)

Die modernsten und feinsten
Neuheiten in Damen-Handschuhen
I. Qualität sind eingetroffen.
Selma Hauffe, Victorlastr. 1.

H. Kumpert
Dresden-A., Waisenhausstrasse 15 (Café König)
Stets moderne und feine Neuheiten
in allen Arten Hüten, Schürmen, Schlippen, Handschuhen etc.
Schnittdauer in 1-2 Stunden.

Dr. Ziegler's Magentropfen,
Appetit anregend, Verdauung befördernd und den Magen
erwärmend. 1 Flasche Mk. 1.50. Versandt nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden,
Georgenstr. 12.

Confirmanden-Anzugsstoffe empfohlen in **Friedr. Greiff & Sohn,**
grosser Auswahl **billigst** 9 Georg-Platz 9.

Nr. 33. Spiegel: Erlaß des Kaisers, Steuerreform-Debatte, Totalitarsteuer, Hofnachrichten, Kammerball, Landtagsverhandlungen, Verpflichtung neuer Rathesmitglieder, Evangelischer Arbeiterverein, Victorialalon, Gerichtsverhandlungen, Tonesprüche **Freitag, 2. Februar.**

Hierdurch bringen wir zur Kenntniß, daß das k. und k. österreichisch-ungarische Ministerium in Wien den Debit der „Dresdner Nachrichten“ in Oesterreich-Ungarn wieder genehmigt hat. Somit nehmen alle kaiserlichen Postämter der **Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie** Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten“** an. Der Bezugspreis beträgt für die Monate Februar und März **1 Gulden 69 Kreuzer** ohne Bestellgebühr.
Die Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“.

Politisches.
Der Dank des Kaisers für die glänzenden Huldigungen, die ihm zu seinem diesmaligen Geburtstag bereitet worden sind, zeugt von der Tiefe des Eindrucks, den diese spontanen Kundgebungen an allerhöchster Stelle gemacht haben. Es war ein selten schöner und erhebender Anblick, wie das gesammte deutsche Volk in einmüthiger nationaler Begeisterung die Wiedervereinigung seines Kaisers und seines ersten Kanzlers feierte. Die nationale Unabhängigkeit der in den Nationen des 26. und 27. Januar ausgedrückten Volksmeinung hat alle Schranken der Etikette durchbrochen und die Wogen des allgemeinen Jubels sind unerschütterlich bis unmittelbar an die Stufen des Thrones hinaufgeschlagen. In diesem Fall wenigstens verlor die in letzter Zeit oft gehörte Klage, daß der Kaiser des Reiches über das Volk des Hofes und des Hofes nicht immer ausreichend unterrichtet sei, ihre Berechtigung und wenn ein gültiges Schicksal unseren Worten hold ist, so wird der nunmehr glücklich gemachte Anfang einer direkten Verbindung zwischen dem Träger der Krone und der vox populi eine ununterbrochene heilsame Fortsetzung erfahren. Wer den kaiserlichen Dankeserlass mit unbefangener Aufmerksamkeit liest und seine Worte im Herzen bewegt, wird sich schwerlich des Gefühls erwehren können, daß darin eine Sprache geredet wird, wie wir sie in solcher Herlichkeit bisher kaum wahrgenommen haben. Das ist kein bloßer ceremonieller Akt, sondern der zu Herzen gehende Ausdruck einer von Herzen kommenden Gemüthsbezugung; nicht ein höflich-kaltes Wortgefuge, sondern die lebenswarme Sprache des wahren Landesvaters zu seinem Volke. Die ganze Art des Ausdrucks erinnert wohlthuend an die huldvollen und freundlichen Wendungen, die unserer Kaiserin in ihrem offiziellen schriftlichen Verkehr eigen zu sein pflegen. Der Erlaß verleiht unverkennbar die tiefe innere Verehrung seines kaiserlichen Urhebers über die neueste Wendung der Dinge, zu welcher der Kaiser selbst in nicht genug zu schätzender Selbstüberwindung den Anstoß gegeben hat. So bildet der kaiserliche Dank ein weiteres Glied in der Kette der Anzeichen, die bekunden, daß die gesammte innere Situation durch die Ausöhnung zwischen Kaiser und Kanzler einen starken moralischen Schwung nach oben hin bekommen hat. Wenn diese allgemeine Stimmung von Seiten der Regierung und der Volkvertretung richtig ausgenutzt wird, ehe sie wirkungslos verpufft, so kann nach den Gesetzen der Wahrscheinlichkeitsrechnung ein günstiger Rückschlag auf die fernere Entwicklung unserer inneren Verhältnisse nicht ausbleiben. Dieser Erfolg würde freilich von zwei Voraussetzungen abhängen: einmal dürfte die augenblickliche Leitung der Reichspolitik nicht bei ihrer jetzigen vielfach bürokratischen Auffassung der grundlegenden Faktoren des wirtschaftlich-sozialen Lebens schroff beharren und andererseits müßten die Parteien sich entschließen können, dem Beispiel ihres kaiserlichen Selbstzwingers folgend, etwas weniger intensiv mit der Scene des allgemeinen Wahlrechts, der Populärpolitik, zu liebäugeln. Für unsere Parteiführer heißt das allerdings zu viel verlangt. Ihnen wird dadurch das Haus über dem Kopfe angezündet. Aber für das Wohl des Vaterlandes wäre es besser, wenn die kurzfristigen Wächter auf den Finnen der Partei sich überhaupt aus dem Staube machten und ihren Platz Männern überließen, bei denen die patriotische Opferwilligkeit die Rücksicht auf das parteipolitische Interessengebiet überwiegt. Die Zulassung der innerpolitischen Lage erheischt gebieterisch eine gründliche Ausbaggerung des mit dem Schlamme des Eigenmuthes bedenklich angefüllten Kanals, in dem zur Zeit der Strom unseres öffentlichen Lebens schwerfällig dahinfließt. Die Möglichkeit zu einer solchen Säuberung ist jetzt vorhanden. Schlagen wir sie von der Minute der Gegenwart aus, so bringen sie uns vielleicht Jahre der Zukunft nicht zurück und der schwarzgallige Pessimismus kann dann wieder sein sorgenvergrüntes Antlitz erheben, um den frühen Aufschlag der Nation zu hemmen. Freilich, so leicht wie bisher wird es dem griechenartigen alten Herrn nicht gemacht werden, wenn das innige Verhältniß zwischen Kaiser und Volk, wie es in der Huldigung Alldütschlands an den beiden denkwürdigen Januartagen und in dem kaiserlichen Dankeserlass zum Ausdruck

gelangt, auch in Zukunft von jeder aufstrebenden Vermischung befreit bleibt. Also vorwärts mit frischem Muth: das ist die befreiende und beglückende Mahnung, die aus dem verhallten Jubel der letzten Tage nachklingt.
Freilich giebt es auch viele Kleinmüthige, die mit überlegenem pessimistischem Lächeln auf den Lippen der Hoffnung auf bessere Tage die Berechtigung abreden und am Ende gar das von dem astrologischen Altronomen Halb prophezeite baldige Weltende als das wahrscheinlichste Ereigniß der nächsten Zukunft betrachten. Diesen Leuten ist anzurathen, sich nicht einem allzu lebhaften Studium der Parlamentsberichte zu widmen, denn aus den Vorgängen, die sich augenblicklich im Reichstage abspielen, ist gerade kein besonderer Trost zu schöpfen. Die Fortsetzung der ersten Verhandlung der Finanzreform hat die Chancen des Entwurfes nicht gebessert. Fast alleseitig klingt zwar auf Seiten der positiven Parteien das Aufschreien der Nothwendigkeit der Maßregel aus dem verlauschten Wortschwall, mit dem die Ablehnung „begründet“ wird, heraus, aber — ein verzweiflungsvoller Blick nach hinten auf den drohenden Korporalstock der Wähler kennzeichnet die Zwangslage, in der sich die Herren befinden. Man wagt offenbar nicht, das Diktum neuer Steuerbewilligungen zum Spieß der Finanzreform auf sich zu laden, weil man fürchtet, die zwingende Nothwendigkeit derselben vor den Wählern nicht überzeugend nachzuweisen zu können. Es fehlt allerdings auch nicht an sehr entscheidenden Worten, die von aller Mandatsfurcht frei sind. So erklärte sich der Abg. Dr. Vötker entschieden gegen die oft gemachte Unterstellung, daß bei uns das indirekte Steuerwesen übermäßig angespannt sei und vertrat damit eine Richtung innerhalb der national-liberalen Partei, die sich der sonst von dieser Seite vielfach befürworteten direkten Reichseinkommen- und Reichserbschaftsteuer ablehnend gegenüberstellt. Wenn man aber gerecht sein will, so wird man vielleicht der im Allgemeinen schwankenden Haltung der Abgeordneten gegenüber der Vorlage doch ein Körnchen von Berechtigung nicht abprechen dürfen. Die Finanzreform ist aus dem Hüllhorn der Mäuschen Finanzkunst zu plötzlich auf die Köpfe der Reichs- und Staatsbürger herabgeschüttelt worden. Sacht es schon für den gebildeten Laiken schwer, sich in den Neuen der Sache einigermaßen hineinzuversetzen, ohne erst als Hilfsarbeiter im Finanzministerium zu amtieren, so ist es geradezu unmöglich gewesen, in der kurzen Zwischenzeit zwischen der Veröffentlichung und der Verhandlung des Entwurfes die an sich schon so heuerischen Massen über die wirtschaftliche Nothwendigkeit der Reform aufzuklären. Mühsig doch sogar Herr Richter sich von Herrn Mäuel anlässlich dieser Materie noch den Rath geben lassen: „Studieren Sie Nationalökonomie!“ So wird denn wohl die bittere Lehneinheit des derzeitigen Zustandes dem großen Publikum so eindrucksvoll vor die Augen zu führen, daß der jetzige Widerstand gegen die Finanzreform einer allseitigen prinzipiellen Zustimmung Platz macht. Die Entscheidungsschwelle wird alsdann zwischen den Vertretern des indirekten Steuerwesens und den Anhängern der direkten Besteuerung geschlossen werden müssen. Dieser Wendung eilen die Dinge unaufhaltsam zu.
Das preussische Abgeordnetenhaus sah in seiner gleichzeitigen Tagung am Mittwoch dem Reichstage gegenüber „auf dem hohen Berge“ es behandelte nämlich den Etat der Vermögensverwaltung. Bei dieser Gelegenheit schloß der Abg. Sattler das Schwert seiner Rede zum Kampf gegen den Totalitar und die Buchmacherei. Die Antwort der Regierung lautete nur in Bezug auf das letztgedachte unethische Verbrechen beifriedigend, während der Totalitar bei ihm einen schwerlich zu rechtfertigenden Schuß fand. Zum Mindesten sollte doch der früher bereits aufgetauchte Vorwurf einer ausgiebigen Totalitarsteuer in ernstliche Erwägung gezogen werden. Man hat ausgerechnet, daß bei rationaler Anfassung allein der Berliner Totalitar 12 Millionen Mark einbringen könnte. Kaiser in Berlin finden noch in ca. 20 deutschen Städten Heimen statt, aus denen die Steuerentnahme im Ganzen auf 8 Millionen veranschlagt worden ist. Was diese Berechnung immerhin um einige Millionen zu hoch gegriffen sein, so muß doch die jetzige Bagatellextraktion des preussischen Staates aus dem Totalitar, die bei einem durchschnittlichen jährlichen Umsatz zwischen 12 und 13 Millionen (ausgeschlossen der noch höheren Umsätze bei den Buchmachern und den Verbräuern) nur 100.000 Mark beträgt, als eine soziale Ungerechtigkeit bezeichnet und empfunden werden. Möge also Herr Dr. Mäuel seine steuererfindige Hand gestreckt auf den Totalitar legen. Er braucht nur zuzufassen: „Greif nur hinein ins volle Menschenleben — Und wo ihr's packt, da ist's — besterbar.“ So variiren die modernen Finanzminister das geäußerte Wort der lustigen Veron in Faust. Wenn dabei ab und zu einem Finanzminister bei einem mißglückten Greif die Lustigkeit vergeht und ihm die Galle überläuft, so ist das eben menschlich wie verzeihlich. Herr Mäuel aber ist kein Reimist und wird daher die Hoffnung auf ein befehrtes Weigen des nächsten Burles nicht fassen lassen, sondern denken, daß ihm, dem bis jetzt Alles geklärt ist, auch diesmal die Zeit guten Rath bringen werde.

das 16. Lebensjahr als die richtige Grenze für die Erlangung des Unterhaltungswohntages ansehen, auf Abänderungsanträge aber verzichten, nachdem einmal auf das 18. Lebensjahr ein Kompromiß geschlossen sei. — Abg. Büchse (soz.) giebt zu, daß in Elsaß-Lothringen in Bezug auf die Anwesenheit viel geschwiebe, aber eine Ausdehnung des Gesetzes auf Elsaß-Lothringen und Bayern sei dennoch zu wünschen. — Abg. Auer (soz.) wünschete sich gegen die schiefte Auslegung einer Neuerung von ihm (daß durch die Novelle den ländlichen Arbeitgebern noch mehr Arbeitskräfte entzogen würden). Wir haben, erklärt Auer, gar keine Veranlassung, auf den Arbeiter zu blicken, denn unsere ländlichen Arbeitgeber drückt meist derielbe Schick, wie die ländlichen Arbeiter. — Abg. Buch (soz.) befragte die Einführung des Unterhaltungswohntages für die Reichslande. — Abg. Schröder (freil. Ver.) stellt fest, daß die Resolution über Spitze keineswegs gegen Elsaß-Lothringen führe, sondern nur einheitliches Recht schaffen wolle. In der Spitzelabatte beantragt Abg. Spahn (Centr.), nur die Verhältnisse der Unterhaltungswohntage gegenüber Eltern, Kindern und Ehegatten anstatt gegenüber Tanten, zu deren Ernährung Jemand verpflichtet ist, unter Strafe zu stellen. — Abg. Wollenbaur (soz.) beantragt bei Veräußerung der Unterhaltungswohntage nur Geld- und Geldbeiträge zu lassen, nicht aber Arbeitslohn, bei unter Umständen Verweisung an die Landespolizei. — Staatssekretär v. Vötker kann sich für beide Anträge nicht erwidern. — Die einheitliche Anweisung der Alimentationspflicht für das Reich sei Sache des künftigen Gesetzgebungs; hier handele es sich nur um Ergänzung des Staatsrechtes, nämlich um die Annahme einer Strafbestimmung gegen die, welche zur Unterhaltung ihrer Angehörigen im Stande sind, sich dieser Pflicht aber freiwillig weihen. Den Antrag Wollenbaur anlangend, so liege kein Grund vor, gegen Tanten mit zu verfahren, der sich vorläufig einer Unterhaltungswohntage entziele, der er nachkommen in der Lage sei. — Abg. v. Sallich (soz.) und Schröder (soz. Ver.) sprechen gegen die Anträge. — Abg. Buch (soz.) beantragt, wer sich gegen die Aufnahme einer Strafbestimmung gegen Verleitung moralischer und kapitalistischer Kräfte, — nachdem auch Abg. Auer (soz.) und Casselmann (soz. Volksp.) für den Antrag Wollenbaur gesprochen haben, wird derselbe angenommen. Bei der Abstimmung über den Entwurf wird die Zustimmung erforderlich, bei welcher sich Reichstagsmitglieder erheben. Es sind nur 151 Mitglieder anwesend. — Montag Etat des Reichsanwalts und des Reichsgerichts des Innern.
Berlin. Das Abgeordnetenhaus setzte die Erörterung der Reichs- und Staatsbürger herabgeschüttelt worden. Sacht es schon für den gebildeten Laiken schwer, sich in den Neuen der Sache einigermaßen hineinzuversetzen, ohne erst als Hilfsarbeiter im Finanzministerium zu amtieren, so ist es geradezu unmöglich gewesen, in der kurzen Zwischenzeit zwischen der Veröffentlichung und der Verhandlung des Entwurfes die an sich schon so heuerischen Massen über die wirtschaftliche Nothwendigkeit der Reform aufzuklären. Mühsig doch sogar Herr Richter sich von Herrn Mäuel anlässlich dieser Materie noch den Rath geben lassen: „Studieren Sie Nationalökonomie!“ So wird denn wohl die bittere Lehneinheit des derzeitigen Zustandes dem großen Publikum so eindrucksvoll vor die Augen zu führen, daß der jetzige Widerstand gegen die Finanzreform einer allseitigen prinzipiellen Zustimmung Platz macht. Die Entscheidungsschwelle wird alsdann zwischen den Vertretern des indirekten Steuerwesens und den Anhängern der direkten Besteuerung geschlossen werden müssen. Dieser Wendung eilen die Dinge unaufhaltsam zu.
Das preussische Abgeordnetenhaus sah in seiner gleichzeitigen Tagung am Mittwoch dem Reichstage gegenüber „auf dem hohen Berge“ es behandelte nämlich den Etat der Vermögensverwaltung. Bei dieser Gelegenheit schloß der Abg. Sattler das Schwert seiner Rede zum Kampf gegen den Totalitar und die Buchmacherei. Die Antwort der Regierung lautete nur in Bezug auf das letztgedachte unethische Verbrechen beifriedigend, während der Totalitar bei ihm einen schwerlich zu rechtfertigenden Schuß fand. Zum Mindesten sollte doch der früher bereits aufgetauchte Vorwurf einer ausgiebigen Totalitarsteuer in ernstliche Erwägung gezogen werden. Man hat ausgerechnet, daß bei rationaler Anfassung allein der Berliner Totalitar 12 Millionen Mark einbringen könnte. Kaiser in Berlin finden noch in ca. 20 deutschen Städten Heimen statt, aus denen die Steuerentnahme im Ganzen auf 8 Millionen veranschlagt worden ist. Was diese Berechnung immerhin um einige Millionen zu hoch gegriffen sein, so muß doch die jetzige Bagatellextraktion des preussischen Staates aus dem Totalitar, die bei einem durchschnittlichen jährlichen Umsatz zwischen 12 und 13 Millionen (ausgeschlossen der noch höheren Umsätze bei den Buchmachern und den Verbräuern) nur 100.000 Mark beträgt, als eine soziale Ungerechtigkeit bezeichnet und empfunden werden. Möge also Herr Dr. Mäuel seine steuererfindige Hand gestreckt auf den Totalitar legen. Er braucht nur zuzufassen: „Greif nur hinein ins volle Menschenleben — Und wo ihr's packt, da ist's — besterbar.“ So variiren die modernen Finanzminister das geäußerte Wort der lustigen Veron in Faust. Wenn dabei ab und zu einem Finanzminister bei einem mißglückten Greif die Lustigkeit vergeht und ihm die Galle überläuft, so ist das eben menschlich wie verzeihlich. Herr Mäuel aber ist kein Reimist und wird daher die Hoffnung auf ein befehrtes Weigen des nächsten Burles nicht fassen lassen, sondern denken, daß ihm, dem bis jetzt Alles geklärt ist, auch diesmal die Zeit guten Rath bringen werde.
Fernschreibs und Fernsprech-Berichte vom 1. Februar.
Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Gesetzentwurf betr. Abänderung des Unterhaltungswohntages. — Abg. Rembold (Centr.) spricht sich namens seiner Freunde aus Württemberg und Baden gegen die Vorlage aus, weil sie das Prinzip des Unterhaltungswohntages überhaupt nicht billigen, sondern an dem der Geburtsort selbsthaften Abg. Winterer (Eli.) spricht gegen eine Ausdehnung des Unterhaltungswohntages auf Elsaß-Lothringen. Die dortigen Gemeinden könnten die Kosten des Gesetzes nicht tragen, da in Elsaß-Lothringen 100.000 eingewanderte Deutsche, im übrigen Deutschland aber nur 12.000 Elsaß-Lothringer leben. — Staatssekretär v. Vötker: Die in der vorgeschlagenen Resolution gewünschte Ausdehnung des Gesetzes auf Elsaß-Lothringen werde in Erwägung gezogen werden. Jedenfalls sei der Wunsch nach einer einheitlichen Regelung für das ganze Reich nicht so ganz unbedeutend. — Abg. Camp (soz.) erklärt, daß seine Freunde zwar nach wie vor

Kind's **Rechtliche Stindermuth.** **Erster** **Band** **79.**